

II-11672 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5817 1J

1990 -06- 2 8

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Weinberger, Strobl, Guggenberger
und Genossen

an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

betreffend die Zuziehung eines Vertreters der "Transitbürgerinitiativen"
zu den Verhandlungen um den Transitvertrag mit den Europäischen Gemein-
schaften

Im Zusammenhang mit den permanent laufenden informellen und formellen Ge-
sprächen zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft zum Thema
Transitverkehr wurde an die unterzeichneten Abgeordneten oftmals von der
betroffenen Bevölkerung, bzw. von Vertretern von Bürgerinitiativen, die
Frage gestellt, ob die Interessen der vom Transitverkehr besonders betrof-
fenen Bevölkerung wohl hinreichend vertreten werden.

In einschlägigen internationalen Verhandlungen entspricht es durchaus der
Praxis des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Interes-
sensvertreter als offizielle Mitglieder der österreichischen Delegation
in den Entscheidungsfindungsprozeß einzubinden. Es läge daher nahe, befug-
te Vertreter der Bevölkerung an den sensiblen Transitrouten ebenfalls in
internationalen Gremien die Möglichkeit der Stellungnahme zu geben und sie
entsprechend als Mitglieder der österreichischen Delegation in die laufen-
den Transitverkehrsverhandlungen einzubinden.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Entspricht es der Praxis Österreichs, bei internationalen Verhandlungen punktuell Interessensvertreter beizuziehen?
- 2) Sind Sie bereit, in die österreichische Verhandlungsdelegation einen Vertreter des Dachverbandes der Transitbürgerinitiativen als Experten beizuziehen?